



**SPD Fraktion**

im Regionalverband Saarbrücken

## **- PRESSEMITTEILUNG -**

18.03.2011

### **SPD-Fraktion im Regionalverband Saarbrücken kritisiert die Ablehnung der Option für den Regionalverband Saarbrücken durch das Arbeitsministerium als sachfremde Entscheidung**

Im Saarland haben sich neben dem Regionalverband Saarbrücken alle anderen 4 Landkreise, die bislang die Betreuung von Langzeitarbeitslosen gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Saarland durchgeführt hatten, um die Zulassung zur alleinigen Durchführung dieser Aufgaben beim saarländischen Arbeitsministerium beworben. Der Landkreis St. Wendel macht dies bereits seit 2005 in alleiniger Zuständigkeit.

Nunmehr hat die CDU-Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer dem Regionalverband Saarbrücken schriftlich mitgeteilt, dass 2 andere Landkreise künftig diese Aufgabe wahrnehmen können, nicht aber der Regionalverband.

Der Landtagsabgeordnete Volker Schmidt, Fraktionsvorsitzender der SPD im Regionalverband, hält dies für eine grundsätzlich falsche Entscheidung. Schmidt: „Im Regionalverband Saarbrücken leben rund 330.000 Menschen, etwa ein Drittel der Bevölkerung des Saarlandes. Etwa 39.500 Einwohner des Regionalverbandes Saarbrücken leben von Leistungen nach dem SGB II, dies sind nahezu 12% der Menschen, die hier wohnen. Im Regionalverband Saarbrücken konzentrieren sich die sozialen Problemlagen; hier werden fast 50% der Bedarfsgemeinschaften des Saarlandes betreut, die staatliche Unterstützungen nach dem SGB II erhalten – rd. 21.450 Bedarfsgemeinschaften von saarlandweit ca. 43.350 Bedarfsgemeinschaften wohnen im Regionalverband Saarbrücken.“

Nach den Worten von Volker Schmidt hat das CDU-geführte Arbeitsministerium bei seiner Entscheidung einen großen Fehler gemacht. Gerade die langjährige Erfahrung und die gute Arbeit des Regionalverbandes Saarbrücken für die früheren Sozialhilfebezieher bis zur Gründung der ARGE im Jahre 2005 und die in den vergangenen 6 Jahren erbrachten Erfolge der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der ARGE Saarbrücken zeigten, dass der kommunale Einfluss auf die regionale Arbeitsmarktpolitik auch den Menschen helfe. Der Regionalverband Saarbrücken, so Volker Schmidt, verfüge über ein dichtes Netz von Hilfemöglichkeiten für die betroffenen Menschen. So kümmerten sich die Mitarbeiter des Regionalverbandes auch um Schuldenprobleme, um Sucht- und psychosoziale Probleme der Betroffenen, das Jugendamt stelle Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung und schließlich habe der Regionalverband Saarbrücken in der Vergangenheit in Zusammenarbeit mit den 10 Städten und Gemeinden auch dafür gesorgt, dass zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten für tausende von langzeitarbeitslosen Menschen geschaffen werden.



**SPD Fraktion**

im Regionalverband Saarbrücken

Nach den Worten von Volker Schmidt wird mit der jetzigen Entscheidung der Ministerin eine ganz große Chance vertan, kommunal- und arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte in der von sozialen Problemen im Saarland am stärksten betroffenen Region zu setzen und die regionale Arbeitsmarktpolitik nachhaltig mitzugestalten.

Volker Schmidt: „Die CDU und die Ministerin Kramp-Karrenbauer haben bei ihrer Entscheidung keine sachorientierten Gründe sondern rein parteipolitische Erwägungen zu Lasten der 39.500 langzeitarbeitslosen Menschen im Regionalverband Saarbrücken zu Grunde gelegt. Augenscheinlich hat die CDU – geführte Landesregierung Angst davor, dass der Regionalverband Saarbrücken mit einem SPD-Mann an der Spitze noch mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten erhält.

Das kann die SPD nicht akzeptieren, uns liegt das Wohl und die Zukunft der Menschen am Herz!“

V. Schmidt weiter: In dem Ablehnungsschreiben der Ministerin an den Regionalverband wurde nur mitgeteilt, dass der Regionalverband die Option nicht erhalte, es wurden aber keine Gründe für diese sachfremde Entscheidung genannt. Da es sich bei diesem Vorgang um einen Verwaltungsakt handelt, will die SPD-Fraktion prüfen, ob eine Klage gegen diese Entscheidung Aussicht auf Erfolg hat.

Ansprechpartner:

SPD-Fraktion im Regionalverband Saarbrücken

Mirjam Altmeier, Geschäftsführerin

Tel.: 0681/506 8600

[www.spd-regionalverband.de](http://www.spd-regionalverband.de)